

Vogt: «Schweizer sind innerlich unzufrieden»

13.08.2013 01:00

In gut 100 Tagen stimmt die Schweiz über die 1:12-Initiative ab. Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt lotet im cash-Interview die Gefühlslage der Schweizer aus und sagt, wie er diese Abstimmung gewinnen will.

cash: Herr Vogt, wie geht es der Schweiz?

Valentin Vogt: Dem Land geht es objektiv gesehen ganz gut. In den letzten zehn Jahren wurden über 500'000 Jobs kreiert. Die Schweiz hat die Krise von 2008 und 2009 gut überstanden, die Wirtschaft trotz so gut wie möglich dem starken Franken. Und wir haben eine tiefe Arbeitslosenquote und eine weiterhin wachsende Wirtschaft. Die objektiven Faktoren stimmen, und trotzdem spüre ich eine subjektive Unzufriedenheit im Land.

Was meinen Sie damit?

Die positive Richtung der wichtigen wirtschaftlichen Faktoren sorgt offensichtlich für keine Zufriedenheit. Die Leute sind subjektiv unzufrieden. Auf der einen Seite existiert eine Art Überfremdungsangst wie in den 1970er Jahren, und die Glaubwürdigkeit der Wirtschaft ist noch nicht da, wo sie sein sollte. In die Abstimmung zur Minder-Initiative ist viel Wut und Ärger geflossen. Ich finde es deshalb wichtig, dass die Schweiz aus dieser Wut- und Ärger-Diskussion wieder zu einer sachlichen Auseinandersetzung zu wichtigen Themen findet.

Ist das nicht Wunschdenken? In knapp hundert Tagen wird über die 1:12-Initiative abgestimmt. Die hohen Managerlöhne sorgen weiterhin für Emotionen.

Nur geht es dieses Mal um ein Thema, das uns alle betrifft. Ganz im Gegensatz zur Abzocker-Initiative, bei der nur die Aktionäre die Folgen zu tragen haben. Bei der 1:12-Initiative müssen die Stimmbürger zwei Fragen beantworten: Ist es Aufgabe des Staates, die Löhne festzulegen? Und wer bezahlt die Ausfälle, die bei einem Ja bei den Steuern und Sozialversicherungen anfallen? Wir gehen von einem Ausfall in Milliardenhöhe aus. Das heisst, wir alle würden zur Kasse gebeten, um dieses Loch zu stopfen.

Bereits Monate vor der 1:12-Abstimmung haben erste Firmenchefs wieder mit der Verlagerung des Sitzes ins Ausland gedroht. Stehen wir erneut vor einer Angst-Kampagne?

Nein, wir müssen der Schweizer Stimmbevölkerung die Folgen eines Ja aufzeigen, ohne dabei zu drohen. Dass Firmen ihren Hauptsitz aus der Schweiz abziehen, kann auch ohne 1:12-Initiative vorkommen. Wesentlich ist aber, dass bei einer Annahme wohl kaum mehr neue global tätige Firmen ihren Sitz in die Schweiz verlegen werden. Die Stimmbürger müssen sich fragen, ob die Schweiz auch in Zukunft Hauptsitze von grossen multinationalen Gesellschaften haben will oder nicht. Dabei geht es nicht mal nur um den Hauptsitz, sondern um den Heimatbonus, den man dabei erlangen kann. Hätte Nestlé beispielsweise die zwei Nespresso-Fabriken in der Schweiz gebaut, würde ihr Domizil nicht in Vevey liegen? Das darf man nicht unterschätzen.

Was passiert, wenn die Schweiz am 24. November Ja zur 1:12-Initiative sagt?

Die Schweiz würde einen wichtigen Standortvorteil verlieren. Unser Land ist keine Insel, sondern Teil eines globalen wirtschaftlichen Systems. Schliesslich lautet die Frage, ob wir in diesem System verbleiben wollen oder eben nicht. Ohne die Exzesse, die es gegeben hat, rechtfertigen zu wollen: Wir müssen auch bereit sein, eine wirtschaftliche Realität zu akzeptieren zu können. Es ist doch illusorisch zu glauben, wir wären ein attraktiver Standort für grosse Firmen, wenn in der Schweiz keine Löhne mehr über 500'000 Franken erlaubt wären. Wenn wir uns davon abwenden, dann profitiert höchstens das Ausland davon, das solche Saläre weiterhin zulässt. Wir könnten uns gleichzeitig auch von der Spitzenforschung und der Spitzenmedizin verabschieden. In diesen Bereichen werden auch sehr hohe Löhne bezahlt. Wir wollen aus der Schweiz keinen wirtschaftlichen Ballenberg machen.

Wie wollen Sie die Stimmbevölkerung von einem Nein überzeugen?

Das Thema Freiheit ist ein urschweizerisches Thema. Es muss uns diesmal gelingen, eine persönliche Betroffenheit mit Überzeugungsarbeit zu erreichen. Ich bin überzeugt, dass wir diese Abstimmung gewinnen können. Die Schweizerinnen und Schweizer haben immer wieder gezeigt, dass sie mit wirtschaftlichem Sachverstand abstimmen.

Was macht Sie so sicher?

Die Ausgangslage ist völlig anders als bei der Abzocker-Initiative. Wir können auf eine geschlossene bürgerliche Parteienfront zählen, viele Unternehmer stehen uns zur Seite und helfen mit. Diese Unterstützung macht uns zuversichtlich.

Wann startet Ihre Seite die Gegenkampagne?

In gut zwei Wochen. Wir werden peu à peu mit verschiedenen Aktionen beginnen.

Die Befürworter haben den Abstimmungskampf bereits lanciert. Sind Sie nicht etwas spät dran?

Nein. Hätten wir früher begonnen, hätte man uns sicher vorgeworfen, wir würden eine zu massive Kampagne fahren. Noch bleiben über drei Monate, und die entscheidende Phase kommt erst noch. Es ist wichtig, die Munition im Abstimmungskampf nicht zu früh zu verschiessen.

Neben der 1:12-Initiative sind noch weitere ähnlich gelagerte Abstimmungen in der Pipeline. Welche bereitet Ihnen am meisten Bauchschmerzen?

Allen voran die Mindestlohn-Initiative, die in meinen Augen ein Rohrkrepierer ist. Sie tönt zwar sympathisch, trifft aber die falschen Personen. Wer einen Mindestlohn von 4000 Franken fordert, verkennet, dass es Branchen gibt, die solche Löhne nicht zahlen können. Nehmen wir die Coiffeur-Branche: Ein Salonbesitzer würde seinen Angestellten sicher gerne einen höheren Lohn zahlen, wenn wir alle für einen Haarschnitt 10 Franken mehr bezahlen würden. Aber das gibt der Markt offensichtlich nicht her. Zudem missachtet die Initiative, dass die Lebenshaltungskosten je nach Region unterschiedlich sind. Man kann zum Beispiel den Jura nicht mit der Region Genf vergleichen.

2014 stehen zudem zwei Initiativen an, die die Zuwanderung beschränken wollen. Was heisst das für die Schweizer Wirtschaft?

Vor allem eines: Kaum ist eine Vorlage behandelt, folgt die nächste. Das wird sich nun noch über die nächsten zwei Jahre erstrecken, und

das hindert die Entwicklung. Für den Standort Schweiz sind solche Unsicherheiten überhaupt nicht gut und Gift für die wirtschaftliche Entwicklung. Dazu kommt beispielsweise auch noch eine Erbschaftsteuervorlage, die retrospektiv angewendet werden soll. Das tangiert die Rechtssicherheit in unserem Land.

Ein Abstimmungs-Marathon als notwendiges Übel?

Nein, es ist für uns auch eine Möglichkeit, mit der Bevölkerung in einen Dialog zu treten. Wir müssen versuchen, den Leuten wieder die wirtschaftlichen Zusammenhänge näher zu bringen und so das Vertrauen zurückzugewinnen. Das schafft die Basis, um wieder vorwärts zu arbeiten.

Ausgerechnet in den Abstimmungskampf ist die Suche nach einer neuen Führung des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse gefallen. Eine Baustelle zur Unzeit?

Man kann sich den Zeitpunkt nie aussuchen. Im Hintergrund war Economiesuisse in dieser Zeit stets eine funktionierende und starke Organisation. Der Verband hat deshalb Doppelvakanz überlebt, und es ist zudem eine Riesenchance, den Verband neu auszurichten.

Das ist doch schönfärberisch.

Nein, überhaupt nicht. Es gibt uns die Gelegenheit, mit dem zur Wahl als Präsidenten stehenden Heinz Karrer und einem neuen Direktor, die voll und ganz hinter der neuen Positionierung des Wirtschaftsverbandes stehen, einen Neuanfang zu machen. Economiesuisse wird sich künftig vermehrt um ihre Kerndossiers kümmern. Zudem muss die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden verbessert werden.

Fehlt aber noch die Besetzung des Direktorenpostens?

Dieses Amt ist aus meiner Sicht der wohl spannendste Job in unserem Land, der derzeit zu haben ist. Wer dieses Amt vier, fünf Jahre gut macht, dem stehen nachher alle Türen offen.

[Im Video-Interview](#) äussert sich Valentin Vogt nebst der 1:12-Initiative auch zur Forderung von Travailsuisse, die Löhne um bis zu 2 Prozent zu erhöhen.